

Inhalt

Denge Fieber	
Argentinien	2
K-Bilanz	
Meinung	3
Wiederauferstehung der Fußgänger-Passagen	
Ausflüge & Reisen	5
Landwirtschaftspolitik	
Wirtschaftsübersicht	10
Rubriken	
Argentinien	1-2
Kultur	5-6
Wirtschaft	6-9

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 7. März 2009

119. Jahrgang Nr. 31.709

Einigung bringt Streit

Bauernrebelln kritisieren Einigung zwischen Regierung und Agrarverbänden

Buenos Aires (AT/stk) – Die Einigung zwischen Regierung und Landwirtschaftsverbänden in wichtigen Teilfragen des Agrarstreits hat einen Keil in die zuvor geschlossene Front der Bauern getrieben. Basisgruppen um den Agrarrebellen Alfredo de Angeli lehnen die Vereinbarung ab, in der eine Einigung über Weizen sowie Fleisch und Milchprodukte (Wirtschaft S. 24) erzielt wurde. Eduardo Buzzi, der Präsident der Argentinischen Agrarföderation (FAA), zeigte sich empört über die Kritik. "Ich habe die Schnauze voll von den großmäuligen Typen, die von der Straße aus Maßnahmen für die Landwirte fordern", ereiferte sich Buzzi am Mittwoch in einem Radio-Interview. Der Funktionär wehrte sich gegen Forderungen, den Dialog mit der Regierung abzubrechen. "Für de Angeli ist es leicht, aus der Distanz zu urteilen, ohne Verantwortung tragen zu müssen. Das kann jeder. Ich geh' auch in mein Dorf, spreche von den Barrikaden, ohne dass ich mich dafür verantwortlich machen muss. Doch so funktioniert das nicht."

Derartig angegriffen schaltete de Angeli einen Gang zurück. "Das sagte Kirchner."



Genervt – Bauernführer Eduardo Buzzi.

ist reine Ansichtssache. Die FAA ist einig wie nie." Er allerdings hätte die Vereinbarung "nie unterzeichnet", weil es keine "Klarheit" für die Bauern gebe. Seine Differenzen mit Buzzi seien nicht für einen Streit geeignet, erklärte der Bauernführer aus Entre Ríos. "Ich weiß, dass es nicht leicht ist, mit Ministern zu verhandeln, aber es ist auch nicht leicht, den Druck der Protestbewegung der Produzenten überall in der Provinz (Entre Ríos) auszuhalten", fügte er hinzu.

Unterdessen lobte der Ex-Präsident und derzeitige PJ-Vorsitzende Néstor Kirchner die Vereinbarung. Insbesondere hob er die persönliche Teilnahme seiner Frau Cristina, der Präsidentin, an den Verhandlungen hervor. "Das adelt die Politik und das Zusammenleben der Argentinier", sagte Kirchner. Der Schattenpräsident lobte auch die Bereitschaft der Landwirtschaftsvertreter zum Kompromiss als "richtige Geste der Verantwortung". "Es ist schwer, sich zu einigen, wenn man solch unterschiedliche Standpunkte hat",

Fragen über Umfragen

Meinungsforscher sehen Opposition in der Provinz vorne

Buenos Aires (AT/stk) – Es könnte noch enger werden für Néstor und Cristina K. Zum ersten Mal geben Meinungsumfragen in der Schlüsselprovinz Buenos Aires der oppositionellen Allianz aus peronistischen Dissidenten und der PRO (Republikanischer Vorschlag) des Stadtregierungschefs Mauricio Macri eine realistische Siegchance über die Kirchner-treue Wahlkampfmaschine "Front für den Sieg". Auf dem dritten Platz liegt demnach - mit großer Distanz auf die beiden peronistischen Gruppen - die Union aus der Bürgerkoalition CC und den Sozialisten. Die telefonische Umfrage wurde vom Meinungsforschungsinstitut Management & Fit unter 1200 Wählern in zehn Departements der Provinz durchgeführt.

Große Aussagekraft hat die Studie allerdings nicht. Sie zeigt allenfalls einen Trend zum Widerstand an. Wahlabtsichten für Gruppierungen, die sich noch nicht formiert haben, muss man mit Vorsicht genießen. Zudem ist Gouverneur Daniel Scioli - immer noch ein Verbündeter der Kirchners - bei weitem der beliebteste Politiker der Provinz. Seine Amtsführung wird von fast 44 Prozent der Provinzbevölkerung als sehr



Felipe Solá.



Gouverneur Daniel Scioli.



Kabinettschef Sergio Massa.

gut oder gut bewertet. Scioli folgt sein Amtsvorgänger Felipe Solá mit rund 38 Prozent, danach kommen Cristinas Kabinettschef Sergio Massa und der peronistische Dissident Francisco de Narváez mit 30 Prozent. Das sieht in der Provinz mehr nach Patt als nach Sieg für die Kirchner-Gegner aus. Dazu kommt, dass sich mit 37,5 Prozent eine relative Mehrheit der Befragten gegen eine Allianz aus Pro und peronistischen Dissidenten aussprechen. Lediglich 34,5 Prozent befürworten

solch ein Wahlbündnis. Man muss diese Zahl vorläufig als maximales Wählerpotenzial für die PRO-Peronisten sehen, ganz unabhängig davon, dass einzelne Politiker dieser Richtung höhere Zustimmungswerte haben.

Nach einer anderen Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Babel Consultores führt Elisa Carrió (CC) mit 44,3 Prozent die Beliebtheitsskala landesweit an. Ihr folgen mit 39,2 Prozent der Peronist Carlos Reutemann, Vize-Präsident Julio Cobos (37,2%), Néstor Kirchner (29,4%), Cristina Kirchner (26,8%), Mauricio Macri (21,9%) und Felipe Solá (18,5%). Bis zu den Parlamentswahlen fehlen fast acht Monate.

Dengue-Fieber in Tartagal

Gouverneur ruft nach Todesfall sanitären Notstand aus

Buenos Aires (AT/stk) – Salta Gouverneur Juan Manuel Urtubey hat die Stadt Tartagal im Norden der Provinz am Donnerstag wegen Seuchengefahr durch das Dengue-Fieber zum sanitären Notstandsgebiet erklärt. Die Maßnahme schließt auch die angrenzenden Departements Orán und Rivadavia mit ein. Die nahe Grenze zu Bolivien, wo es rund 30.000 Dengue-Fälle gibt, soll nicht geschlossen werden.

Seit Tartagal vor fast einem Monat von einer Schlammlawine heimgesucht wurde, haben die Fälle von Dengue-Fieber in der Region zugenommen. Die Forderungen, den sanitären Notstand auszurufen, nahmen zu.

Die Krankheit hatte zu Wochenbeginn ihr erstes Opfer gefordert. Es handelt sich um einen 61-jährigen Rentner aus dem Viertel Villa Saavedra in Tartagal. Bei zwei weiteren Todesfällen steht der Laborbefund noch aus. Der Leiter der Intensivstation des Hospitals "Juan Perón" in Tartagal warnte bereits am Dienstag vor einer Ausbreitung der Seuche und for-



Aedes aegypti, die Gelbfiebermücke, überträgt auch Dengue.

derte, in der gesamten Provinz den sanitären Notstand auszurufen. "Kein Hospital der Welt ist auf eine derartige Pandemie vorbereitet, wie wir sie momentan in Salta und der Region haben", sagte der Mediziner Roberto Nazar. Bisher habe man es in Salta nur mit der weniger gefährlichen Dengue-Art, dem

Serotyp 2 zu tun gehabt. Jetzt tauche der gefährlichere Serotyp 1 des hämorrhagischen Fiebers auf.

Der Patient war in dem Hospital an einem durch innere Blutungen hervorgerufenen Schock gestorben. Nazar forderte die Bereitstellung von 1500 zusätzlichen Betten, um die Untersuchung von Verdachtsfällen vorschriftsmäßig durchführen zu können. Diese Zahl gab auch Alfredo Querio, der Gesundheitsminister der Provinz, an, als er auf die Verdachtsfälle angesprochen wurde.

Für Gouverneur Urtubey ist die Situation dennoch nicht ernst. "Die Maßnahme dient lediglich dazu, die Bürger zu beruhigen", sagte er bei der Bekanntgabe des Dekrets. Die Provinz habe schon vor einem Jahr die nötigen Maßnahmen ergriffen, "um den Ausbruch unter Kontrolle zu halten". Der Gouverneur wollte sich trotzdem persönlich ein Bild der Lage machen und reiste noch am Donnerstag mit Gesundheitsminister Querio nach Tartagal.

Beschlagnahmungen im AMIA-Fall

Buenos Aires (AT/stk) – Bundesanwalt Alberto Nisman hat am Dienstag weitere Besitztümer des früheren Kulturreferenten der iranischen Botschaft in Argentinien beschlagnahmen lassen. Der Diplomat Moshen Rabbani wird wegen seiner mutmaßlichen Verwicklung in das Attentat auf das jüdische Kultur- und Sozialwerk AMIA per Haftbefehl gesucht. Bei dem Anschlag waren am 18. Juli 1994 85 Menschen gestorben sowie hunderte verletzt worden.

Laut Informationen der Tageszeitung Crítica handelt es sich bei der Beschlagnahmung um fünf Grundstücke und ein Landhaus. In dem Gebäude residiert demnach Scheich Moshen Ali, der von dort aus den antisemitischen Sender "Radio Armonía" betreibt. Nisman hatte schon im Oktober vergangenen Jahres sechs Immobilien des iranischen Diplomaten beschlagnahmen lassen. Sie haben einen Wert von rund 800.000 Dollar. Das Embargo wurde aufgrund einer Zivilklage eines überlebenden Opfers veranlasst, das rund eine Million Dollar Schadenersatz fordert. Gegen Rabbani liegt ein internationaler Haftbefehl vor. Die argentinische Justiz sucht auch weitere iranische Diplomaten und Politiker per Haftbefehl, darunter Ex-Präsident Ali Akbar Rafsandschani und der frühere Sicherheitminister Ali Fallahian.

WOCHENÜBERSICHT

Perón-Denkmal

Die Justizialistische Partei (PJ) hat am Dienstag eine Spendensammlung für ein Denkmal zu Ehren des Parteigründers und früheren Präsidenten Juan Domingo Perón gestartet. Das Monument soll im Regierungsviertel zwischen der Hauptpost und dem Regierungspalast Casa Rosada stehen. Die Fertigstellung ist für den 17. Oktober 2010, den peronistischen "Tag der Treue", geplant. Im kommenden Jahr feiert Argentinien den 200. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung. Die Perón-Witwe und Nachfolgerin ihres Mannes im Präsidentenamt María Estela Martínez de Perón hat nach PJ-Angaben bereits "tausend Euro" auf das Spendenkonto überwiesen. Unterstützt wird das Projekt auch von Peróns Weggefährten Antonio Cafiero. Der frühere Senator und Minister hatte schon vor 20 Jahren ein Projekt für ein Perón-Denkmal vorgestellt.

Abgerutscht

Argentinien ist im touristischen Länder-Ranking des World Economic Forum sieben Plätze zurückgefallen. Die ersten drei Plätze der jährlich durchgeführten Untersuchung belegen zum zweiten Mal in Folge die Schweiz, Österreich und Deutschland. Ausschlaggebend für die Einstufung der Länder sind Kriterien wie Si-

cherheit, Sauberkeit, Infrastruktur, Transportwesen, Personal und Preise. Punkten konnte Argentinien vermutlich nur bei den Preisen, und die nähern sich in jüngster Zeit immer mehr europäischem Niveau, ohne dass diese Entwicklung auch bei den anderen Standards wie Transportwesen und Sicherheit erfolgt wäre. Argentinien fiel deshalb unter den 133 untersuchten Ländern vom 58. auf den 65. Rang zurück. Gute Wertungen erhielt das Land bei den Kriterien Sauberkeit und Hygiene (5,6 von 7 Punkten) sowie Personal (5 von 7). Die Studie "Tourismus und Wettbewerbsfähigkeit" wurde zum dritten Mal durchgeführt.

Fälscher in Uniform

In Mar del Plata hat die Staatsanwaltschaft am Mittwoch die Eröffnung der Strafsache gegen 96 Beamte der Provinzpolizei eröffnet. Sie sollen wegen der Benutzung falscher Urkunden angeklagt werden. Die Polizisten hatten sich ihre Versetzung in den mittleren Dienst (suboficiales) erschlichen, indem sie sich gefälschte Abschlusszeugnisse für die Sekundarschule beschafft hatten. Seit einer von León Arslanián, dem früheren Sicherheitsminister der Provinz, durchgeführten Reform war es nur noch mit einer abgeschlossenen Schulausbildung



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones

(5411)4703-5509

www.multimedia.com.ar

möglich, aus den unteren Dienstklassen befördert zu werden. Die Polizisten hatten sich die Zeugnisse bei einer früheren Lehrerin beschafft. Die 65-Jährige muss sich wegen Urkundenfälschung vor Gericht verantworten.

Streik abgewendet

Der für Donnerstagabend angekündigte Streik der Lastwagenfahrer ist nach sechsstündiger Verhandlung zwischen Stadtregierung und Transportarbeitergewerkschaft aufgehoben worden. Gewerkschaftsboss Pablo Moyano, der den Posten von seinem Vater Hugo, dem jetzigen Chef des Dachgewerkschaftsverbands

CGT, geerbt hatte, sagte den geplanten Ausstand im Anschluss an die Gespräche mit der Regierung ab. Laut Moyano hat die Stadt den Forderungen der Gewerkschaft nachgegeben. Zunächst ging es um Entlassungen und ausstehende Löhne bei dem Personal der Pumpwagen, die die Kanalisation freihalten sollen. Nach Moyano überweist die Stadt den Müllunternehmen seit "fünf oder sechs Monaten" kein Geld mehr. Die Firmen schulden ihren Mitarbeitern drei Monate Lohn.

Bauarbeiterproteste

Mehr als 1000 Bauarbeiter sind am Donnerstag zum Sitz der Stadt-

regierung marschiert. Sie fordern die Wiedereinstellung von 400 Kollegen, die wegen der Kürzung von öffentlichen Bauten entlassen worden sind. Die Demonstration löste sich auf, nachdem von offizieller Seite ein Treffen für kommenden Dienstag versprochen wurde. Der Chef der Bauarbeitergewerkschaft UOCRA in der Hauptstadt, Rubén Pronotti, warf Stadtregierungschef Mauricio Macri vor, Wahlversprechen zu brechen. Die Ausweitung öffentlicher Bauten stand im Zentrum von Macris Wahlkampf. Derzeit stünden Arbeiten "an der U-Bahn, Krankenhäusern, Schulen und Theatern" still, sagte Pronotti.

Gewaltenstreit

Carmen spielt den Ball an Cristina zurück. Richterin Carmen Argibay, Mitglied des Obersten Gerichtshofs, hat sich vehement gegen die Kritik Cristina Kirchners an der Justiz gewehrt. Die Präsidentin hatte sich über den schleppenden Gang der Prozesse gegen Angehörige der Militärdiktatur beklagt. Exekutive und Legislative hätten ihre Arbeit getan, nun sei die Judikative gefordert. "Wenn sie wollen, dass wir die Prozesse beschleunigen, dann sollen sie zuerst neue Richter ernennen, die uns fehlen", konterte Argibay.

(AT/stk)

Alles wunderbar

Am letzten Sonntag hielt die Präsidentin Cristina Kirchner die traditionelle Rede zur Eröffnung der ordentlichen Sitzungen des Parlamentes. Da sie frei sprach, vergaß sie schließlich, die Sitzungen formell als eröffnet zu erklären, was der eigentliche Zweck der Ansprache war. Sie erwähnte bei ihrer Rede allerlei Themen, und vermittelte dabei ein äußerst optimistisches Bild des Landes. Probleme haben nach ihrer Sicht die anderen, die jetzt eine Krise wie die der 30er Jahre erleben. Offensichtlich hat ihr niemand erklärt, dass damals die US-Produktion um ein Drittel sank und die Arbeitslosigkeit auf über 25 Prozent stieg. Jene Krise dauerte, mit Schwankungen, fast ein Jahrzehnt und wurde schließlich durch den Krieg überwunden, der die Produktion in den USA derart ankurbelte, dass sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) während der Kriegsjahre verdoppelte. Jetzt sprechen wir von einem Rückgang der US-Wirtschaft im vierten Quartal 2008 von 6 Prozent und einer Arbeitslosigkeit, die sich um die 7 Prozent bewegt, und die Experten hoffen allgemein, dass der Fall 2010 zumindest halbwegs gelöst ist.

Die Krise ist dennoch traumatisch und kompliziert. Doch für Cristina K. ist der Fall einfach: Es handle sich um eine Krise eines Modells, wobei sie Zweifel habe, dass diejenigen, die die Krise verursacht hätten, die intellektuelle Fähigkeit haben, Alternativen und andere Lösungen zu formulieren. Ja, sie müssen sich eben von Cristina K. beraten lassen. Denn Argentinien hat, weil es ein anderes "Modell" angewendet hat, keine Krise.

Sie hat empfohlen, die Abkommen von Bretton Woods zu reformieren und den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank aufgefordert, Kredite ohne Bedingungen zu erteilen. Das ist eine wirklich eigenartige Auffassung von Kreditvergabe, die

vornehmlich Förderzwecke hat.

Was Argentinien betrifft, so läuft gemäß ihrer Darstellung alles bestens. Das Finanzsystem sei nur zu 20 Prozent des BIP verschuldet, gegenüber 100 Prozent in den Vereinigten Staaten. Argentinien hat ein sehr unterentwickeltes finanzielles System, was auf die Dauer mit wirtschaftlichem Wachstum unvereinbar ist. Die Präsidentin hat jedoch dieses Manko als einen Pluspunkt hingestellt.

Die Beteiligung der Arbeiter am BIP habe 2008 43,6 Prozent erreicht, gegen 42,9 Prozent im Vorjahr und 34 Prozent 2003. Woher sie diese Zahlen hat und wie sie berechnet wurden, hat sie nicht gesagt. Diese Prozente sind grober Unfug. Doch für Cristina K. sind sie wichtig, weil sie die Problematik der Umverteilung des Volkseinkommens in den Mittelpunkt stellt, und in dieser Beziehung primitive Vorstellungen hat.

Das BIP sei in sechs Jahren um 66 Prozent gestiegen. Das ist für die Präsidentin auf das sogenannte Modell zurückzuführen, wobei 47 Prozentpunkte dem Binnenmarkt zu verdanken seien. Nun ist es jedoch so, dass die Konsumzunahme eine Folge des Wachstums ist, und nicht umgekehrt. Dass die Welt in dieser Zeit stark gewachsen ist und Argentinien mitgezogen hat, die Preise der wichtigsten Exportprodukte hoch waren, die Bedingungen für die Landwirtschaft bis zum letzten Jahr günstig waren, der Ausgangspunkt nach einem Rückgang des BIP von 20 Prozent in den Jahren 2001/02 anormal niedrig war, und die Wirtschaft von hohen Investitionen und Strukturreformen der Menem-Regierung profitiert hat, sehen die Kirchners nicht. Sie sind eben Autisten.

Das Wachstum hat inzwischen aufgehört und ist im dritten Quartal 2008 von einer abrupten Rezession abgelöst worden. Das BIP wird dieses Jahr um mindestens 5 Prozent zurückgehen, einmal wegen der Folgen der Trokenheit, dann wegen der gesunkenen Welt-

marktpreise für die argentinischen Exportprodukte, dem Mangel an Arbeitskapital (vornehmlich wegen der hohen Kapitalflucht), dem Rückgang der Erdölproduktion, der geringeren Weltnachfrage nach argentinischen Industrieprodukten und schließlich auch wegen der Verzerrungen, die die Kirchner-Regierungen geschaffen haben. Obwohl die Rezession, die sich auch auf den Außenhandel und die Staatsfinanzen stark ausgewirkt hat, offensichtlich ist, wird diese von der Präsidentin bagatellisiert. Das damit zusammenhängende Problem der gefährlich zunehmenden Arbeitslosigkeit wurde bei der Rede auch ignoriert. Ebenfalls wurde die Inflation nicht erwähnt.

Andererseits hat sie, in krassem Widerspruch zu ihrer optimistischen Darstellung, gesagt, das Jahr 2009 werde das schwierigste der letzten 100 Jahre sein, was gewiss auch nicht stimmt. Argentinien hat schon viel schlimmere Zeiten erlebt, besonders in den 30er Jahren, 1952, 1989, und wohl auch 2002.

Ebenfalls hat sie das Problem der inneren Sicherheit und der damit zusammenhängenden Kriminalität unterschlagen, und auch kein Sterbenswörtchen über den hohen und zunehmenden Drogenkonsum verloren, der viele junge Menschen physisch und psychisch zerstört oder tötet. Von der Beschaffungskriminalität ganz zu schweigen.

Der angesehene politische Journalist Mariano Grondona fragt sich, ob die Kirchners uns diese utopische Vision vorspielen, oder ob sie selber daran glauben. Wenn sie nur Politik machen und die Gesellschaft für dumm halten, ist das bedenklich, aber im Grunde nicht so schlimm. Wenn sie jedoch ihre Darstellung selber glauben, dann hat das schwerwiegende Folgen. Wie bei einem Arzt, der von einer völlig falschen Diagnose ausgeht.

Im Blickfeld

Strafe muss sein

Von Stefan Kuhn

Der Schritt war erwartet worden. Obwohl es schon im Vorfeld harsche Kritik an einer Anklage des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) in Den Haag gab, hat sich dessen Chefankläger Luis Moreno-Ocampo nicht beirren lassen. Der Argentinier erhob Anklage gegen den sudanesischen Präsidenten Omar al-Baschir wegen dessen Verantwortung für die Verbrechen an der schwarzafrikanischen Bevölkerung der westsudanesischen Darfur-Provinzen. Dort sind seit 2003 schätzungsweise 400.000 schwarzafrikanische Sudanesen von arabischen Reitermilizen umgebracht worden. 2,5 Millionen wurden vertrieben. Al-Baschir wird vorgeworfen, den Konflikt forciert zu haben. Die sudanesische Regierung hat die arabischen Milizen zumindest mit Waffen versorgt. Der Präsident wird wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt.

Kritik an der Entscheidung des ICC kam vor allem aus arabischen Ländern und von der afrikanischen Union. Dies allerdings aus vielerlei Gründen. In der Region wimmelt es nur so von Diktatoren und Autokraten, die selber genug Dreck am Stecken haben. Sie fürchten, dass mit der Anklage gegen den sudanesischen Präsidenten ein Exempel statuiert werden soll. Arabische Staaten befürworten zum Teil die gewaltsame Islamisierung des Sudan, manche vielleicht, weil sie sich eine Verurteilung der Völkermord- und Vertreibungspolitik al-Baschirs wegen islamistischen Bewegungen im eigenen Land nicht leisten können. Wieder andere, vor allem schwarzafrikanische Staaten verurteilen zwar den Völkermord, halten aber die Anklage für eine Art postkolonialer Justiz.

Auch einige westliche Staaten, in erster Linie Frankreich, sehen den Schritt Ocampos skeptisch. Sie fürchten um den fragilen Waffenstillstand in Darfur. Wohl mit Recht, denn al-Baschir gilt als unberechenbar. Man weiß nicht, ob sich die Lage der Menschen in Darfur nicht noch weiter verschlechtert. Der sudanesischer Präsident hat schon angefangen, Mitarbeiter von internationalen Hilfsorganisationen auszuweisen. Er könnte auch gegen die in der Region stationierte Schutztruppe der Afrikanischen Union vorgehen.

Die Anklage ist ein zweischneidiges Schwert. Der Sudan hat den ICC nicht anerkannt. Andere Staaten wie die USA, Russland, China, Israel oder der Iran haben den Gründungsvertrag zwar unterzeichnet, aber nicht ratifiziert. Die USA versuchten unter der Bush-Regierung, mit bilateralen Verträgen eine eventuelle Auslieferung von angeklagten US-Bürgern an den Gerichtshof zu verhindern. Es gibt unzählige Fälle, in denen Militäranghörige dieser Länder zumindest wegen Kriegsverbrechen vom ICC beschuldigt werden könnten. Im Falle Israels fordern arabische Staaten eine Untersuchung des Kriegs gegen die Hamas im Gazastreifen. Im Irak und in Afghanistan stehen die USA im Blickfeld. Ähnliches gilt für Russland in Georgien oder Tschetschenien und China in Tibet.

Deshalb ist das Argument der Ungleichbehandlung arabischer Staaten nicht so ganz von der Hand zu weisen, wenngleich das Ausmaß der Verbrechen in Darfur ungleich größer ist. Auf der anderen Seite muss man auch sehen, dass die ersten Angeklagten in Den Haag ausschließlich Europäer waren: serbische und kroatische Militärs und Politiker wegen ihrer Rolle im Balkan-Krieg. In beiden Staaten wurde kritisiert, dass keine moslemischen Bosnier angeklagt wurden. Das hat einen einfachen Grund: Man darf Opfer und Täter nicht verwechseln.

Dass Afrika vermehrt im Blickfeld der Juristen in Den Haag steht, ist nicht verwunderlich. Der Kontinent trieft vor Blut. Wenn die Schlächtereien zwischen Tutsi und Hutu in Ruanda und Burundi kein Fall für den ICC sind, muss man bei der Institution die Existenzfrage stellen. Natürlich ist es wünschenswert, dass betroffene Länder ihre blutige Geschichte selbst aufarbeiten. In Kambodscha funktioniert das ganz ordentlich. Dort stehen derzeit die Schlächter des Roten-Khmer-Regimes vor Gericht – mit internationaler juristischer Unterstützung.

Der Sudan ist ein Beweis dafür, dass es einen Internationalen Gerichtshof braucht. Man kann nicht auf einen Putsch warten, bei dessen Erfolg die abgesetzten Herrscher im Schnellverfahren hingerichtet werden. Wenn auch Großmächte wie die USA, Russland oder China ein internationales Strafgericht vorbehaltlos unterstützen, werden Diktatoren ihre Grenzen aufgezeigt. Aber bis dahin ist noch ein langer Weg.

Randglossen

Die Frage ist existenziell: Können Karteileichen spenden? Ohne Geld vom Staat will die Justizialistische Partei ihrem Gründer und späteren Präsidenten Juan Domingo Perón ein Denkmal schaffen. Das ist löblich, denn der General gehört ebenso zu Argentinien wie seine Frau Evita, Tango, Maradona oder Asado. Der Plan hat nur einen Haken: Die Initiatoren wollen, dass jedes Parteimitglied nur einen Peso spendet. Damit kämen die veranschlagten Kosten von drei Millionen Pesos in die Kasse, denn die Partei behauptet von sich, drei Millionen Mitglieder zu haben. Da ist wohl der Wunsch Vater des Gedankens. In keinem Land der Erde hat eine Partei gemessen an der Einwohnerzahl einen solch hohen Organisationsgrad. Die deutsche SPD schaffte es in besten Zeiten auf eine Million zahlende Mitglieder. "Zahlend" ist in Argentinien auch auf Spanisch ein Fremdwort. Die Anhänger der Partei warten eher darauf, dass man sie für ihre Aktivitäten bezahlt. Beim Denkmalprojekt muss die PJ wohl von unzähligen zahlungsunwilligen Karteileichen ausgehen.

Man muss sich ernsthaft die Frage stellen, ob hochrangige Politiker in alltäglichen Dingen wirklich noch einen Sinn für Realität haben. Wenn unsere Präsidentin über Sicherheit redet, weiß sie nur über Details Bescheid. Sicherheit ist für Cristina Kirchner, wenn sie von Leibwächtern umringt ein Bad in der Menge nimmt. Sicherheit ist, in Olivos oder Calafate ruhig schlafen zu können. Wahrscheinlich wird man der Sicherheit irgendwann sogar überdrüssig. Wohl deshalb vermied die Präsidentin das Wort in ihrer Eröffnungsrede vor dem Kongress. Man müsse mit den ständigen Klagen aufhören, die Lage ertragen und nach Lösungen suchen, erklärte die Staatschefin danach. Angst hat die Präsidentin wohl nur vor Meinungsumfragen, nicht vor bewaffneten Raubüberfällen. Umringt von Bodyguards vergisst sie, dass Sicherheit ein Grundbedürfnis ist, wie Essen, Trinken und Schlafen. Mehr noch: Ohne Sicherheit sind die anderen Grundbedürfnisse ganz sicher wertlos.

Der Rückschritt ist ein Fortschritt. Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat den Einsatz von Wahlcomputern gestoppt. Bisher waren in einigen Wahlkreisen solche Wahlmaschinen im Einsatz. Das oberste deutsche Gericht gab damit einer Individualklage von zwei Bürgern recht, die die Anfälligkeit der Zählmaschinen beweisen konnten. Bei der letzten Bundestagswahl hatten etwa zwei Millionen Bürger ihre Stimme elektronisch abgegeben. Computerexperten hatten bestätigt, dass das System manipulierbar ist. Bei den knappen Wahlausgängen der beiden letzten Bundestagswahlen hätte das über Sieg oder Niederlage entscheiden können. Jetzt wird in Deutschland landesweit wieder mit Wahlschein und Kreuzchen abgestimmt. Warum nicht? Das hat über sechs Jahrzehnte ohne Schwierigkeiten funktioniert, und die Ergebnisse kommen schneller als in fortschrittlichen Ländern wie den USA, in denen schon Präsidenten dank schwächelnder Wahlcomputer regierten.

Wer solche Probleme hat, dem sollte es eigentlich gut gehen. In den krisengeschüttelten Vereinigten Staaten scheint die Presse derzeit nur zwei Hauptthemen zu haben: die nackten muskulösen Oberarme von Michelle und die grauen Haare von Barack. Selbst die angesehene New York Times widmet dem Haupthaar des Präsidenten eine große Geschichte: "Kaum 44 Tage im Amt und schon angegraut". Die Logik drängt sich auf. Autoindustrie, Banken und Versicherungen schlittern in den Konkurs – wer da keine grauen Haare kriegt... Sogar der Frisör des Präsidenten, man muss ja gut recherchieren, wird bemüht: Nein, der Präsident hat seine Haare noch nie gefärbt. Wenn man sich allerdings ältere Fotos anschaut, hatte Obama schon vor zwei Jahren graue Haare. Das kann natürlich auch mit seiner Belastung als Senator zusammenhängen oder auch ein natürlicher Alterungsprozess sein. Immerhin ist der US-Präsident nicht so eitel wie der frühere deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder. Der hat schon eine Zeitung verklagt, die unterstellt hatte, er ließe sich die Haare färben. Und Michelle Obama? Die bleibt hart und zeigt trotz aller Medienkritik und noch härteren Temperaturen ihre Muskeln.

AUSFLÜGE UND REISEN

Wiederauferstehung der Fußgänger-Passagen

Endlos lang, meist schnurgerade und oft baumbestanden sind die Straßen und Avenidas von Buenos Aires. Neben den kilometerlangen Zeilen gibt es dann noch die Pasajes und die Cortadas. Von letzteren war vergangenes Jahr an dieser Stelle die Rede: Es sind bewohnte Sträßchen, teils malerisch, die Zugang nur von einem Ende haben und am anderen Extrem abgeschnitten sind.

Pasajes bzw. Passagen sind häufiger anzutreffen, sowohl in der Altstadt als auch in den jüngeren Wohnbezirken. Einige davon haben letzthin eine gewisse historische Bedeutung zurückgewonnen.

So findet man in San Telmo parallel zur Avenida Independencia den Pasaje San Lorenzo, bekannt durch die nur zwei Meter breite Casa Mínima aus der Kolonialzeit. Dort floss der südlichste Bach der Stadt zum großen Fluss, genannt Zanjón de Granados. Das war bis weit ins 18. Jahrhundert die südliche Stadtgrenze.

Der Zanjón de Granados oder Tercero del Sur, etwa fünf Kilometer kurz, wurde später begründet und kanalisiert und floss unter der Straße Chile, aber sein ursprüngliches Bett war eben besagter Pasaje San Lorenzo.

Unter den Passagen ist noch der Pasaje Doctor Rodolfo Rivarola (Stadtteil San Nicolás) erwähnenswert, der die Straßen Perón (Cangallo Höhe 1300) und Bartolomé Mitre verbindet. Er stammt von etwa 1925 und ist ein getreues Abbild vom Vieux Paris. Mehr noch: Die Fassaden beider Häuserfronten sind spiegelbildlich konstruiert. Hier hat sein Geschäft der alte deutsche Uhrmacher Raab, der in seinem Lokal fünftausend Taschenuhren und 70 Tonnen Wecker aufbewahrt.

Aber der Fremdenverkehr spielt sich weiter hin zum Fluss ab, und da sind die Passagen in San Telmo, San Nicolás oder Montserrat von Fremden schon viel mehr frequentiert.

Der eingangs erwähnte Pasaje San Lorenzo ist anderthalb Häuserblocks lang, ebenso wie der nahe Pasaje Giuffra.

Am entgegengesetzten Ende der Stadt gab es einen weiteren



Pasaje Tres Sargentos, heute.

Bach, genannt Zanjón der Matorras oder Tercero del Medio, etwa drei Kilometer Lauflänge, heute bekannt unter der Katasterbezeichnung Pasaje Tres Sargentos; er läuft von der Avenida Leandro N. Alem bis zur Straße San Martín.

Diese kurze Verbindungsstraße mit ihren ruhigen Hotels, einer Bäckerei, sogar einer Buch-

handlung und ihren Bäumen wurde nun in eine reine Fußgängerzone umgestaltet, ebenso wie die San Martín mehr Gehsteige als Fahrbahnen erhielt; der Verkehr wurde beruhigt und teils verboten. Tres Sargentos ist zu einem wirklich einladenden Eck der Altstadt geworden, mit Cafés, Schatten, Sitzbänken.

Am unteren Ende des Sträß-

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

www.allesdeutsch.com.ar

...für alle, die es deutsch mögen.



Flyer
Lufthansa
City Center

(Zona Norte)

Leg. 213 Res.04447

Av. Fondo de la Legua 425

(B1609JEE) San Isidro

Tel.: (54 11) 4512-8100

E-mail: info@flyer.com.ar

www.flyer-de.de

chens befindet sich ein großes Backsteingebäude. Es wurde um 1915 als Subusina von der Compañía Italo Argentina de Electricidad (CIAE) errichtet, später aber in die Fahrbereitschaft der Bundesregierung (Garage Presidencial) umfunktioniert.

Die drei Sergeanten waren zunächst einfache Soldaten, die 1813 in der Schlacht von Vilcapugio in Bolivien einen kühnen Handstreich durchführten und die Lage der Patrioten retteten. Ihre Namen lauteten Gómez, Albaracín und Salazar. Sie wurden anschließend zu Feldwebeln befördert - die Tres Sargentos.

Schnecken und Aale

Grafiken von Günter Grass in Buenos Aires

Buenos Aires (AT/wita) - Am Mittwoch präsentierte das Goethe-Institut Buenos Aires "El Rodaballo", grafische Werke von Günter Grass, hauptsächlich aus den Jahren 1972 und 73. Die Ausstellung findet in dem gemütlichen Künstlercafé "Clasica y Moderna", Callao 892, statt und ist noch bis zum 28. März zu bestaunen. Günter Grass wurde für seine künstlerische Arbeit von seinen literarischen Werken "Die Blechtrommel", "Tagebuch einer Schnecke" und "Der Butt" inspiriert. Zu sehen sind Grafiken von Schnecken, Aalen und Fischen in verschiedensten Varianten, Positionen und Etappen. Etwas skurril das eine oder andere Bild, manches sogar abstoßend schauerlich, aber Schönheit liegt ja bekanntlich im Auge des Betrachters. Hat man nicht all seine Geschichten gelesen, verfällt man ins Grübeln. Was will der Künstler damit sagen? Welche Aspekte werden erfasst, was ist der Hintergrund dieser Schnecken und Aale?

"Wort und Bild, das hat es ja von Anfang an gegeben. Ich bin ja in meinem ersten Beruf Bildhauer, als Schriftsteller bin ich Autodidakt, das ist



immer nebeneinander so gelaufen und hat sich miteinander verschwistet, verschwägert und verzwittert und fortgezeugt, so gibt es zu jedem Buch auch die grafische Komponente, die bildnerische Komponente, dazu sind später die Aquarelle gekommen, das steht hier, habe ich bis heute fortgesetzt.", sagte Günter Grass einmal in einem Interview.

Konzipiert wurde diese Vorführung der bildnerischen Komponente vom Goethe-Institut, sie wird noch in zahlreichen anderen Städten zu sehen sein, darunter Córdoba. Der Abend begann ruhig und wegen des strömendem Regens füllte sich das Café nur gemächlich. Die Besucher fanden sich nach und nach ein, darunter der Fotograf Oskar M. Molek. Ein Gläschen Sekt hier, ein Schwätzchen dort, und dann wurde der Abend von der Café-Besitzerin Natu Poblet eröffnet. Herr Ing. Hernán Lombardi, der Kulturminister der Stadt Buenos Aires, übernahm dann auch bald das Wort und sprach über die Werke und das Schaffen des jungen Günter Grass. Einen Auszug aus dem Buch des deutschen Literaturnobelpreisträgers "Der Butt" brachte allen der Journalist Carlos Clerici näher.

Berliner Friedensbären in Buenos Aires

Ausstellung "United Buddy Bears" auf der Plaza San Martín

Buenos Aires (AT/SF) - Vom 5. bis 13. März ist auf der Plaza San Martín (Av. Santa Fe/Maipú) die Ausstellung "United Buddy Bears" zu sehen. Die 140 Bären-Skulpturen repräsentieren dabei ebensoviele von den Vereinten Nationen anerkannte Staaten. Die Idee stammt aus Berlin, wo 138 Künstler aus aller Welt jeweils in ihrem eigenen Stil einen der 2 Meter großen "Buddy"-Bären bemalten. Unterstützt von Unicef, sind die bunten, fröhlichen Tiere seit dem Jahr 2002 als „Friedens-truppe“ in der ganzen Welt unterwegs. Vor Buenos Aires waren sie unter anderem in Hongkong, Sydney, Tokio und Kairo ausgestellt. 17 Millionen Menschen sollen sich bereits mit dem bärenstarken Friedensvirus angesteckt haben.

Weitere Informationen (allerdings nur auf Englisch) erhält man auf der Webseite der Deutschen Botschaft Buenos Aires: www.buenos-aires.diplo.de.



Fotos: wita

LATEINAMERIKANISCHE WIRTSCHAFT

Bancolombia, die grösste Bank von Kolumbien, gab für 2008 einen Rekordgewinn von u\$ss 499 Mio. bekannt, 19% mehr als 2007, der durch das Wirtschaftswachstum des Landes und die Erweiterung der Kredite um 18,4% erklärt wird. Inmitten der weltweiten Bankenkrise gibt es auch gesunde Banken, die weiter expandieren und verdienen.

Brasilien hat von der Welthandelsorganisation die Genehmigung gefordert, um Strafzölle auf Waren aus den USA in Höhe von u\$s 2,5 Mrd. zu erheben, als Ausgleich für den Schaden, den die US-Baumwollsubventionen für Brasilien bedeuten. Brasilien hat schon eine Klage vor der WHO gegen die USA wegen

Baumwollsubventionen gewonnen, jedoch nur erreicht, dass die spezifischen Exportsubventionen aufgegeben wurden, nicht jedoch die direkten Subventionen für die Landwirte, die den Marktwert der Basumwollproduktion übersteigen. Wie bekannt wurde, will Präsident Obama jetzt die Subventionen für wohlhabende Landwirte (die den grössten Teil der US-Baumwollproduktion ausmachen) abschaffen.

Das brasilianische Bergbauunternehmen Vale do Rio Doce hat der japanischen Nippon Steel die Beteiligung von 2,9% am Stahlunternehmen Usiminas für u\$s 247,5 Mio. verkauft, womit Nippon Steel jetzt ein Anteil von 28% am Kapital dieses Unternehmens hat.

Die brasilianische Petrobrás hat angekündigt, dass sie in den nächsten 5 Jahren u\$s 2,4 Mrd. in die Erzeugung von Biokraftstoffen investieren werde, davon 80% für Bioethanol und 20% für Biodiesel.

Der brasilianische Entwicklungsminister Miguel Jorge, erklärte, die Regierung sei bereit die Exporte nach Argentinien zu kontingentieren, im Rahmen eines gemeinsamen Systems zur Verteidigung gegenüber chinesischen Importen. Das bedeutet im Klartext eine Erhöhung der Mercosur-Zölle gegenüber Drittstaaten, und/oder eine direkte Importbegrenzung bestimmter Importe aus China (und eventuell auch aus ande-

ren Staaten) über Kontingente oder nicht automatische Lizenzen, die ähnlich wirken.

Venezuelas Präsident Hugo Chaves hat die Enteignung der Reisverarbeitungsfabriken der US-Firma Cargill angeordnet. Kurz vorher hatte er gedroht, die Fabriken von "Empresas Polar" zu enteignen, des größten Nahrungsmittelunternehmens des Landes. Doch gleichzeitig wurde die Enteignung der lokalen Abteilung der spanischen Banco Santander hinausgeschoben, so dass sie dieses Jahr nicht vollzogen wird. Santander besitzt 98% der Banco de Venezuela, die 1996 privatisiert wurde. Chaves hatte 2008 die Absicht bekanntgegeben, die Bank zu verstaatlichen.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der Dollarkurs schloß am Donnerstag zu \$ 3,65, 2,24% über der Vorwoche und 5,19% über Ende Dezember. Der Refox-Terminkurs lag zum 31.3.09 bei \$ 3,65, zum 30.6.09 bei \$ 3,744, zum 30.9.09 bei \$ 3,843, zum 30.12.09 bei \$ 3,965 und zum 31.3.10 bei \$ 4,0810. Dieser Terminkurs liegt um 11,80% über dem von einem Jahr vorher, was eine geringe Inflationserwartung zum Ausdruck bringt.

Der Merval-Aktienindex lag zum Donnerstag um 6,20% unter der Vorwoche und um 11,58% unter Ende 2008.

Die staatlichen Bonds, die bei der Umschuldung von 2005 ausgegeben wurden, wiesen in einer Woche zum Donnerstag eine unterschiedliche Entwicklung auf. Par-Bonds in Pesos fielen um 8,80% (und um 20% ab Ende Dezember), Discount-Bonds in Pesos fielen 2,51% (minus 10,43% seit Jahresende), während Boden 2014 in einer Woche um 5,33% stiegen (plus 3,95% seit Dezember), Boden 2013 um 0,72% (plus 1,02%), und Boden 2012 um 0,32% zurückgingen (minus 0,54% seit Dezember).

Die Währungsreserven der ZB lagen zum 20.2.09 bei u\$ 47,05 Mrd., um 0,26% unter der Vorwoche und um 1,42% über Ende 2008. Der Notenumlauf lag mit \$ 77,46 Mrd um 2,35% unter der Vorwoche und um 7,88% unter Ende 2008.

Die gesamten Pesodepositen des Bankensystems lagen zum 20.2.09 mit \$ 207,17 Mrd. um 0,64% über der Vorwoche und um 0,76% über Ende Dezember 2008. Im Laufe des Jahres nahmen Girodepositen um 6,42% ab, Spardepositen um 7,94% ab und Fristdepositen um 12,80% zu. Dabei stiegen Depositen auf bis zu 60 Tage um 5,31%, auf 90 Tage 47,58% und auf 180 Tage 24,60%. Die Abnahme der Kontokorrentdepositen ist ein deutliches Rezessionszeichen, während die Zunahme bei Fristdepositen durch relativ hohe Zinsen herbeigeführt wird. Dollardepositen betragen u\$ 10,03 Mrd., um 0,52% mehr als in der Vorwoche und 4% mehr als Ende Dezember.

Vordatierte Schecks auf 30 Tage wurden letzte Woche an der Börse von Buenos Aires zu 14,33% diskontiert (Vorwoche: 13,38%), auf 60 Tage zu 16,37% (20,26%), auf 90 Tage zu 17,86% (17,66%), auf 120 Tage zu 19,92% (18,46%), und auf 180 Tage zu 22,35% (20,6%).

Gold wurde in Buenos Aires (Banco Ciudad) bei 18 Karat zu \$ 68,66 je Gramm gehandelt (Vorwoche: \$ 69,12), und bei 24 Karat zu \$ 118,90 (121,70).

Die ZB hat am Donnerstag ein System aktiver Swaps in Dollar für Vorfinanzierung von Exporten genehmigt, bei dem die Banken die Dollardepositen einsetzen können. Auf diese Weise soll der Rückgang der Kredite aus dem Ausland für diesen Zweck ausgeglichen werden. Die Auslandskredite für Vorfinanzierung von Exporten machen gegenwärtig u\$ 430 Mio. aus, 27% weniger als vor einem Jahr. Wenn die lokalen Banken jetzt die Dollardepositen für diesen Zweck einsetzen können, werden sie auch höhere Zinsen für die Sparer zahlen können, um Dollardepositen anzuziehen.

In der Ortschaft Theobald, Provinz Santa Fé (Km 238 der Überlandstrasse 9) wurde gestern die landwirtschaftliche Ausstellung "Expoagro" eröffnet, mit über 500 Ausstellern auf 500 Ha.

Gezeigt werden Landmaschinen, genetische Fortschritte, Chemikalien, Düngemittel und allerlei andere Produkte und Güter für die Landwirtschaft.

Am Donnerstag wurde eine neuen Strecke der Autobahn Rosario-Córdoba eingeweiht, von Villa María bis Ballesteros, die \$ 280 Mio. gekostet hat. Insgesamt sind es 380 Km. von denen 165 Km. noch fehlen und 30 Km. davon im April fertig sein sollen. Der Bau dieser Autobahn wurde 1997 begonnen, jedoch erst ab 2003 intensiver vorangetrieben. Eine so wichtige Autobahn wie diese hätte indessen schon vor Jahren fertiggestellt worden sein, da dieses Investitionsobjekt erste Priorität hat.

Die Getreidebörse von Rosario rechnet für dieses Jahr mit einer Sojabohnenernte von 41,7 Mio. t, 10% weniger als im Vorjahr, und ebenfalls mit einem Rückgang der Maisernte um 36%. Bei Sojabohne, die nach dem Mais gesät wird, haben die Regenfälle vom Februar und März die Lage in einigen Gegenden leicht gebessert. Bei Mais kam der Regen allgemein zu spät.

Die Exporte von Milchprodukten erreichten 2008 296.954 t, 22% mehr als 2007, im Wert von u\$ 1,14 Mrd., 46% mehr als im Vorjahr.

Nachdem die Firma Buquebus (die den Fährverkehr zwischen Buenos Aires und Colonia sowie Montevideo betreibt) die Genehmigung der uruguayischen Regierung für den Flugverkehr ihres Tochterunternehmens BQB Lineas Aereas zwischen Argentinien und Uruguay erhalten hat, wird mit der Aufnahme des Verkehrs in 3 bis 6 Monaten gerechnet.

Die ZB hat durch Mitteilung A 4.916 die Bedingungen festgesetzt, die bei flüssigen Mitteln, die im Ausland deponiert sind und durch die Weisswaschung legalisiert werden, erfüllt werden müssen. Im Prinzip müssen die Fonds als Fristdepositen auf zwei Jahre bei einer lokalen Bank hinterlegt werden. Sie können jedoch vorzeitig abgehoben werden, wenn sie für produktive Tätigkeiten eingesetzt werden. Der Zinssatz wird frei mit der Bank vereinbart. Diese Mittel müssen von den Banken für Sonderkredite an den produktiven Sektor eingesetzt werden, zu Bedingungen, die noch festgesetzt werden sollen.

Die ZB hat durch Mitteilung A 4.917 festgesetzt, dass die flüssigen Mittel, die im Ausland deponiert sind und weissgewaschen werden, vor dem 31.12.2007 schon bei einer Bank im Ausland deponiert sein müssen. Diese Konten müssen die Normen erfüllen, die international zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus gelten. Das Konto muss auf den Namen der Person (oder der Gattin) lauten, die das Geld weisswäscht. Der Namen der Bank im Ausland, die Nummer des Kontos und Namen des Kontoinhabers müssen bei der Geldübertragung angegeben werden. Die lokalen Banken, die mitwirken, müssen dem Inhaber der Fonds ein Zertifikat ausstellen, das dieser der AFIP vorlegen muss.

Ende der Vorwoche wurde der Umtausch der garantierten Darlehen an die Regierung abgeschlossen, die sich in ausländischen Händen befinden. Insgesamt handelt es sich um \$ 8,5 Mrd. von denen \$ 3,49 Mrd, gleich 42%, das Tauschangebot angenommen haben. Der Gesamtbetrag der garantierten Darlehen beträgt \$ 23,8 Mrd. von denen somit schon \$ 19,1 Mrd., gleich 80,2%, umgetauscht wurden. Diese Forderungen an den Staat

wurden durch Bonds getauscht, die 2014 verfallen und mit Badlar-Satz plus 275 Basispunkte verzinst werden, wobei im ersten Jahr ein fester Satz von 15,4% gezahlt wird. Für den argentinischen Staat bedeutet dieser Tausch eine Erleichterung der Zahlungsverpflichtungen dieses und des kommenden Jahres. Gemäß Angabe der Präsidentin Cristina Kirchner vom 1.3.09 (Bei der Eröffnungsrede des Parlaments), ist die Staatsschuld dank dieses Umtausches von 56,1% auf 49,1% des BIP gesunken. Wie dies zustande gekommen ist, nachdem, es beim Tausch keinen Abschlag gab, hat sie nicht erklärt.

Die Beanspruchung öffentlicher Dienste lag gemäß dem INDEC-Index im Januar um 7,9% über dem gleichen Vorjahresmonat. Die Zunahme ist vorwiegend auf die interanuelle Erhöhung um 13,4% der Zahl der Mobiltelefone zurückzuführen, die jetzt 46,5 Mio. ausmachen, wobei die Zahl der Gespräche sogar um 39,9% stieg und die Textübertragungen (SMS) um 44,7%. Hingegen lag der landesweite Stromkonsum um 0,8% unter dem Vorjahr, obwohl die Zahl der elektrischen Haushaltsapparate, vor allem Luftkühlanlagen, stark gestiegen ist. Der Gaskonsum nahm gegenüber Januar 2008 um 1,2% zu. Besonders stark war die Abnahme beim Frachtenverkehr mit Lastwagen, wobei auch die per Flugzeug transportierte Fracht um 68,3% abnahm. Hingegen nahm die Eisenbahnfracht um 0,8% zu.

Kabinettschef Sergio Massa und Wirtschaftsminister Carlos Fernandez bemühen sich um die Beschleunigung der Durchführung der Projekte, die von internationalen Kreditinstituten finanziert werden. In bestimmten Fällen soll der Zweck der Kredite geändert werden, so dass mehr Mittel für öffentliche Bauten zur Verfügung stehen, die sich direkt auf die Konjunktur auswirken. Es handelt sich hier an erster Stelle um Kredite der Weltbank, aber auch der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID), der Andenkörperschaft (CAF) und des Fonds für das Becken des La Plata-Flusses (Fonplata). Die bis 2013 gewährten Kredite machen u\$ 12,5 Mrd. aus, von denen u\$ 2,9 Mrd. auf 2009 entfallen. Die 86 Einheiten der Staatsverwaltung, die Kredite dieser Art verwalten, müssen binnen 60 Tagen über den Stand der Kreditverwendung berichten. Das Umweltsekretariat hat einen Kredit der BID für u\$ 40 Mio. erhalten, um ein System zur Lösung konfliktiver Situationen zu verwalten. Bisher wurden nur 2,5% verwendet. Während insgesamt im 1. Quartal 30% der Mittel für dieses Jahr verwendet werden sollten, wird geschätzt, dass es nur 18% sein werden. Das soll jetzt geändert werden.

Die AFIP hat Mahnungen an rund 2.000 Einheitssteuerzahler entsandt, die auf Grund ihres Umsatzes (der in bestimmten Fällen durch Verkäufe mit Scheck- oder Kreditkarten nachgewiesen wurde) nicht mehr dieses System verwenden können, sondern sich als normale Steuerzahler eintragen müssen. Rund 40% haben der Aufforderung Folge geleistet, wobei das Weisswäschengesetz jetzt den Übergang erleichtert. Dennoch werden die über eine Million Einheitssteuerzahler im allgemeinen überhaupt nicht kontrolliert, obwohl dies relativ einfach wäre.

Das Statistische Amt (INDEC) berichtet, dass der Index der Bautätigkeit im Januar um 1,1% unter dem gleichen Vorjahresmonat, aber um 6,7% über Dezember 2008 lag. Bei Vergleich mit Januar 2008 ergab der Strassenbau eine Zunahme von 6,6%, während Bauten der Erdölunter-

nehmen um 16,5% und Infrastrukturbauten um 9,7% zurückgingen, und der Bau von Wohnungen um 0,2% niedriger lag.

Nachdem die Regierung den Import brasilianischer Tramontina-Messer mit einem Schutzzoll von 413% belastet, weil angeblich Dumping besteht, hat die brasilianische Regierung gedroht, den Fall vor die WHO zu bringen, wenn die Maßnahmen nicht aufgehoben wird, da nach ihrer Auffassung kein Dumping bestehe. Die Klage war vom lokalen Besteck-Fabrikanten Perel vorgebracht worden. Bei chinesischen Besteck wurde ein Anti-Dumpingzoll von 1.450% eingeführt

Die Regierung hat beschlossen, auch dieses Jahr verflüssigtes Gas (GNL) per Schiff zu importieren, um die intere Nachfrage zu befriedigen, nachdem die Maßnahmen zur Förderung der lokalen Gasproduktion bisher erfolglos waren und die Lieferungen aus Bolivien begrenzt sind. In 60 Tagen soll ein erstes Schiff ankommen, mit einer Ladung, die von Repsol-YPF gekauft wurde und aus der Anlage stammt, die die Firma in Trinidad Tobago betreibt. Insgesamt sollen 6 bis 9 Schiffe mit verflüssigtem Gas in den Wintermonaten ankommen. Dieses Gas kostet schließlich bis zu u\$ 17 pro Mio. BTU, also 10 Mal so viel, wie die u\$ 1,7 pro Mio. BTU, die den lokalen Gasproduzenten gezahlt werden. Das bolivianische Gas kostet an der Grenze leicht über u\$ 10 je Mio. BTU.

Der Verband CAME, der vorwiegend den Einzelhandel vertritt, hat ermittelt, dass der Umsatz beim Einzelhandel im Februar um 14,6% unter dem Vorjahr lag, wobei in Städten und Dörfern des Landesinneren sogar Rückgänge von 35% und 40% verzeichnet werden.

Gemäß provisorischen Angaben von Energieunternehmen, lag die Gasnachfrage im 1. Bimester 2009 um 8% bis 9% unter dem Vorjahr und von Strom durch die Industrie um 7% niedriger. Bei Grundmetallindustrien betrug der Rückgang der Stromnachfrage 30%, bei Maschinen und Anlagen 25%, bei nicht metallischen Bergbauprodukten 24%, bei Textilien 20% und bei Chemikalien 11%.

Die AFIP berichtet, dass die Vermögenslegalisierung und das Moratorium letzte Woche begonnen hat und bis zum 31. August dauert.

Das Statistische Amt (INDEC) meldet, dass der allgemeine Lohnindex im Januar 2009 eine Zunahme von 1,14% gegenüber Dezember und von 25,4% gegenüber Januar 2009 verzeichnet. Beim internen Vergleich weisen Staatsbeamte eine Zunahme von 21,4% auf, legale Arbeitnehmer der Privatwirtschaft eine von 23,4% und informelle Arbeitnehmer eine von 38,3%. Wenngleich die Löhne von Schwarzarbeitern hinter denen der legal arbeitenden zurückgeblieben waren, fällt die starke Zunahme der letzten 12 Monate auf.

Die Agentur Moody's, die Landesrisiken schätzt, wies darauf hin, dass Argentinien 2009 seinen finanziellen Verpflichtungen nachkommen könne, wobei jedoch Schwierigkeiten für 2010 bestünden, besonders wegen des krisenbedingten erwarteten Rückganges der Steuereinnahmen. Nach der jüngsten Umschuldung verbleiben für dieses Jahr insgesamt Zahlungsverpflichtungen des Staates in Höhe von u\$ 18 Mrd. Der Umtausch der garantieren Darlehen an den Staat gegen Staatspapiere hat das Jahr 2009 um u\$ 6,5 Mrd. entlastet, und spart bis 2011 u\$ 16 Mrd., die dann mit Zinsen später gezahlt werden.

Durch Beschluß 42/09 des Sekretariates für

Industrie und Handel (Amtsblatt vom 2.3.09) wurde eine Untersuchung über Dumping eingeleitet, die sich Schuhimporte aus China bezieht.

Betroffen sind vornehmlich Sportschuhe, und ausgeschlossen sind Schuhe für Ski und "Snowboard". Die Klage lautet auf ein Dumping in Höhe von 213,91% des angegebenen Importwertes. Dumping besteht, wenn ein Produkt unter dem normalen Inlandspreis exportiert wird und Schaden bei lokalen Fabrikanten herbeiführt, nicht jedoch, wenn ein Land billig exportiert, weil es niedrige Kosten aufweist. Dumping sollte nicht mit Unterfakturierung verwechselt werden, bei der beim Import niedrigere Werte angegeben werden, um einen geringeren Zoll zu zahlen. Die Kontrolle des Zollamtes lässt hier zu wünschen übrig.

2008 wurden in Argentinien 15,9 Mio. CDs, Cassettes, Videos und musikalische Vds. Für insgesamt \$ 363 Mio. verkauft, 2,1% weniger als 2007, berichtet die Kammer der Branche. Die illegale Verwendung von Kopien hat die legal arbeitenden Unternehmen gemäß dieser Quelle insgesamt \$ 1,2 Mrd. an Umsatz gekostet.

Die lokale "Corporación América", von Eduardo Eurnekian (Betreiber der lokalen Flughäfen) und die chilenische "Empresas Navieras" (Gruppe Urenda) haben letzte Woche den Vertrag zum Bau des Eisenbahntunnels von mittlerer Höhe und 30 Km. Länge unterzeichnet, der die Andenkordillere durchqueren soll.

Das Bergbauunternehmen der Provinz Santa Cruz, Formicruz, und die kanadische Exeter Resources haben vereinbart, gemeinsam die Goldbergwerke Cerro Moro und Bahía Laura in Angriff zu nehmen, mit einer Investition von u\$ 95,8 Mio.

Die Consulting-Firma abecbe berichtet, dass die Exporte nach Brasilien im Februar gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 41,8% auf u\$ 666 Mio. gefallen sind, und die Importe aus Brasilien um 47,7% auf u\$ 690 Mio. Das Defizit ist um 45% auf u\$ 24 Mio. gefallen.

Der Export von Landmaschinen stieg 2008 gegenüber 2007 um 94,6% auf u\$ 525,3 Mio. Brasilien stand mit 38% an erster Stelle der Käufer, vor Venezuela, das im vorjahr den ersten Platz innehatte. Von den Exporten entfallen u\$ 212 Mio. auf Traktoren, 144% mehr als im Vorjahr. Der Import von Landmaschinen stieg 2008 um 27%, wobei Brasilien mit einem Anteil von 59% der größte Lieferant war, gefolgt von USA mit 16,7% und Deutschland mit 6,1%.

Die Firma Ledesma, mit der größten Zuckerfabrik des Landes in Jujuy (Familie Blaquier), hat von der Firma Los Balcanes (Familie Rochia Ferro) vereinbart, 70% ihrer Zuckerfabrik "La Florida" in Tucumán zu übernehmen, und zu diesem Zweck u\$ 24 Mio. als Kapital beizutragen. Diese Zuckerfabrik erzeugt um die 150.000 Jato Zucker, die zu den 400.000 Jato hinzukommen, die Ledesma erzeugt, womit die Gruppe einen Marktanteil von 25% erreicht, über Atanor mit 18%, die die Fabriken Concepción, Leales und Marapa betreibt, der die Firma San Martín del Tabacal in Salta folgt, die der US-Seaboard-Gruppe gehört. In La Florida soll jetzt mit dem Kapitalbeitrag von Ledesma Bioethanol erzeugt werden. Es bestand schon ein Projekt in diesem Sinn, und die Alkoholdistillerie, die als Grundlage dient, war unlängst erweitert worden.

Im Februar wurden 30.003 Kfz eingetragen, 16% weniger als im gleichen Vorjahresmonat, berichtet der Agenturenverband ACARA. In 2

Monaten waren es 112.849 Einheiten, 15% weniger als im Vorjahr.

Die Europäische Investitionsbank (BEI auf spanisch) hat angekündigt, dass sie ihre Tätigkeit in Argentinien wieder aufnehmen werde, nachdem sie vor 8 Jahren das Land verlassen hatte. Mit der Bank soll auch die Präsenz der EU in Argentinien verstärkt werden.

Der Oberste Gerichtshof hat entschieden, dass Ruhestandsversicherungen, die in Dollar verpflichtet waren, in Dollar bezahlt werden müssen. Dieses Urteil ist analog zu einem, das im September 2008 über eine Versicherung mit einer Lebensrente in Dollar gefällt worden war. Die Firma Siembra (die der Citigroup gehörte) hatte bei den Ruhestandsversicherungen die Pesifizierung angewendet, also die Umwandlung der Dollar zu \$ 1,40, wogegen die Versicherte Raquel Avarado vor Gericht protestierte.

Die Präsidentin Cristina Kirchner kündigte am Dienstag ein Investitionsprogramm von \$ 220 Mio. an, um die 2017 Eisenbahnstationen des Netzes der Vororteseisenbahnen zu erneuern, angefangen mit den Hauptbahnhöfen Retiro, Constitución und Once. Die Arbeiten werden vom Staatsunternehmen "Administradora de Infraestructura Ferroviaria S.A." durchgeführt, das die Eisenbahninfrastruktur verwaltet.

Die ZB hat letzte Woche Wechsel für \$ 300 Mio. ausgeschrieben, Angebote für \$ 616 Mio. erhalten und \$ 576 Mio. angenommen. Lebac auf 91 Tage wurden zu 13,75% diskontiert, und Nobac auf 280 Tage zu 1,25% über Badlar-Satz.

Die US-Firma Ashmore Energy International (AEI) hat vor Gericht den Konkurs (quiebra) der Firma CIESA gefordert, die zusammen mit Petrobras das Unternehmen Transportadora de Gas del Sur (TGS) kontrolliert. AEI fordert die Zahlung der Obligationen, die sich im Defaultzustand befinden und u\$ 300 Mio. ausmachen. Mitte Januar hatte AEI das Umschuldungsangebot von CIESA abgelehnt, durch das AEI 50% dieser Firma übernehmen sollte. Jetzt muss entweder Petrobras AEI auszahlen, oder CIESA wird schließlich vom Richter verkauft, und AEI wird mit dem Erlös ausgezahlt.

Die Präsidentin Cristina Kirchner hat am Mittwoch ein Programm angekündigt, durch das \$ 300 Mio. der ANSeS für Kredite für den Kauf von Computern bestimmt werden, deren Preis um 20% bis 30% unter dem gegenwärtigen Marktpreis liegen muss. Es muss sich dabei um lokal hergestellte Computer handeln, die in Wirklichkeit nur in Argentinien, besonders in Feuerland, montiert werden. Der genannte Betrag wird in zwei Teilen ausgeschrieben. Die Kredite sollen auf 12 bis 18 Monate laufen und der Zinssatz soll 13% betragen. Bei einem Preis von \$ 2.000 pro Computer könnten mit dem Kreditbetrag 150.000 Computer finanziert werden..

Der Flughafenbetreiber Aeropuertos Argentina 2000 berichtet, dass 2008 insgesamt 18,8 Mio. Passagiere in den 33 Flughäfen des Unternehmens den Flugdienst verwendet hätten, 4% mehr als im Vorjahr. Die Fluggesellschaften weisen jedoch darauf hin, dass in den ersten drei Quartalen die Zunahme höher war, während im 4. Quartal eine Abnahme stattfand.

Das Eisenerzbergwerk in Sierra Grande, Provinz Rio Negro, das vor einigen Jahren von der chinesischen MCC übernommen wurde, gab bekannt, dass die Produktion im April aufgenom-

men werde, nachdem \$ 350 Mio. investiert worden seien. Es ist eine Produktion von 1 Mio. Jato Pellets vorgesehen, aus denen 400.000 Jato Eisen gewonnen werden. Das Bergwerk war in den 70er Jahren von der Direktion für Militärfabriken (DGFM) in Angriff genommen worden. Nachdem über u\$ 1 Mrd. investiert worden waren, wurde das Unternehmen aufgegeben und dann an die Provinz Rio Negro übertragen. Erst als der Stahlpreis stark stieg, wurde eine wirtschaftliche Ausbeutung möglich, aber auch nur auf der Grundlage, dass das investierte Kapital nicht berücksichtigt wird. Die chinesische Firma zahlte unter u\$ 30 Mio., also weniger als 3% der vom Staat investierten Summe. Ausser dem eigentlichen Bergwerk besteht eine Pelletanlage, ein Transportband zum Hafen und eine große Verschiffungsanlage, die weit ins Meer hinausragt.

Volkswagen dementierte die Absicht, 250 Arbeiter im Getriebewerk in Córdoba zu entlassen. In einer Zusammenkunft im Arbeitssekretariat, an der auch die SMATA-Gewerkschaft beteiligt war, wies die Firma auf das Problem hin, das der starke Rückgang der Exporte mit sich bringe. Das Personal soll jetzt durch freiwillige Rücktritte (mit Entschädigung) und vorzeitigen Pensionierungen gelöst werden.

Der Verband der lokalen Kfz-Fabriken ADEFA meldet, dass die Produktion im Februar mit 14.903 Einheiten um 55,7% unter dem gleichen Vorjahresmonat lag, während die Lieferungen an die Agenturen mit 33.095 Einheiten um 30,2% unter dem Vorjahr lagen, und die Exporte mit 8.557 Einheiten um 63,4% geringer waren. Die Importe lagen somit (bei Annahme unveränderter Lagerbestände) bei 9.633 Kfz, und waren somit höher als die Exporte. Bei den Importen werden hier nur diejenigen berücksichtigt, die von den lokalen Fabrikanten vollzogen werden. Andere Importe und Marken kommen dann noch hinzu. Im Februar wurde kein einziges Fahrzeug im Rahmen der neuen Kredite verkauft, die mit AN-SeS-Mitteln gewährt werden.

Im Februar wurden in der Börse von Buenos Aires 2.183 Checks im Wert von \$ 64,47 Mio. zu durchschnittlich 18,73% diskontiert. Der Zinssatz lag um 8 Punkte unter dem vom Januar.

Die sogenannten "nicht automatischen Importlizenzen" werden in letzter Zeit mit großer Verzögerung erteilt, in einigen Fällen bis zu 9 Monaten. Es handelt sich somit um eine direkte Im-

porthemmung zum Schutz der lokalen Industrie. Das Produktionsministerium erteilt die Lizenzen schneller, wenn es sich um Importe lokaler Industrieunternehmen handelt, die auf diese Weise ihr Sortiment erweitern. Besonders gehemmt werden Importe von Schuhen, Textilien, Spielzeug und Fahrrädern. Die Regierung beabsichtigt angeblich, die Wirkung der gesunkenen internen Nachfrage auf die lokalen Industrieunternehmen weitgehend durch geringere Importe von Gütern auszugleichen, die mit ihnen konkurrieren. Abgesehen von diesen nicht automatischen Lizenzen wird in letzter Zeit den Dumpingklagen leichter stattgegeben, wobei dann vor Abschluß der Untersuchung schon Extrazölle verhängt oder Mindestpreise beim Import festgesetzt werden, durch die der Zollsatz in absoluten Werten einen höheren Betrag ergibt.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist stark gesunken. Der INDEC-Index über Arbeitsnachfrage hat ergeben, dass im 4. Quartal 2008 die Zahl der Unternehmen, die sich um zusätzliche Arbeitskräfte bemühten, um 30% unter dem Vorjahr und um 14% unter dem 3. Quartal 2008 lag. Der Index der Universität Di Tella ergibt für Februar 2009 eine internationale Abnahme der Nachfrage nach Arbeitskräften von 43,16%.

Steuereinnahmen im Februar: plus 16,2%

Die gesamten Steuereinnahmen des Nationalstaates, einschließlich Zöllen, Sozialabgaben und Gebühren, lagen im Februar mit \$ 22,78 Mrd. um 16,2% über dem gleichen Vorjahresmonat. Bezogen auf das BIP zu laufenden Werten, das schätzungsweise um etwa 25% höher ist, fand somit eine reale Abnahme statt, die den Konjunkturrückgang wiedergibt. Wenn man berücksichtigt, dass von den Einnahmen \$ 1,1 Mrd. auf persönliche Beiträge zum Rentensystem entfallen, die im Vorjahr von den privaten Kassen eingenommen wurden, dann hätte die interanuelle Zunahme nur 10,5% betragen.

Der Erlös der MwSt. lag im Februar mit \$ 6,74 Mrd. um 14% über dem Vorjahr. Dabei nahm jedoch der Betrag der vom Zollamt einbehaltenen MwSt. um 23,6% ab, während die direkt vom Steueramt eingenommene Steuer um 28,4% zugenommen hat. Dies klingt erstaunlich, nachdem die

Umsätze in den einzelnen Branchen, angefangen mit Fahrzeugen, im Januar (auf den die Zahlungen der MwSt. vom Februar entfallen) stark zurückgegangen sind. Die Preiszunahmen erklären den grösseren Teil der Zunahme, aber nicht alles. Die MwSt. reagiert normalerweise überproportional auf die Konjunktur, weil der Umsatz bei dauerhaften Konsumgütern stark zurückgeht, bei denen es eine geringe Hinterziehung gibt, während auf der anderen Seite bei frischen Lebensmitteln, deren Konsum relativ stabil ist, die Hinterziehung sehr hoch ist.

Die Einnahmen aus der Gewinnsteuer lagen mit \$ 3,75 Mrd. um 1,3% unter dem Vorjahr. Hier wirkt sich einmal die Verringerung der Progressivität infolge der Abschaffung der sogenannten "Machinea-Tabelle" aus, dann auch der geringere Betrag, der vom Zollamt einbehalten wurde, weil weniger importiert wurde. Schließlich wie-

sen die Unternehmensgewinne in vielen Fällen eine rückläufige Tendenz auf.

Der Erlös der Exportzölle lag mit \$ 2,37 Mrd. um 6% unter dem Vorjahr. Das ist vornehmlich auf die halbierte Weizenerte zurückzuführen, aber auch auf geringere Erdölexporte bei gleichzeitig viel niedrigerem Preis. Die Einnahmen aus Importzöllen lagen mit \$ 497,7 Mio. um 24% unter dem Vorjahr.

Die Steuer auf Giro- und Sparkontenbewegungen (Schecksteuer) ergab \$ 1,52 Mrd., um 0,9% mehr als im Vorjahr. Diese Steuer spiegelt die Konjunktur; denn bei nominell kaum gestiegenen Zahlungen über Banken, und bei Preisen, die mindestens 15% über dem Vorjahr lagen, ergibt sich allgemein ein geringerer Umsatz. Dass jedoch gleichzeitig der Erlös der MwSt. stieg, erscheint paradox. Bis vor kurzem lag der Erlös dieser Steuer stets leicht über der Zunahme des BIP zu laufenden

Preisen. Diese Regel wurde jetzt gebrochen.

Einen großen Sprung gab es bei den Einnahmen des Systems der sozialen Sicherheit, die mit \$ 5,70 Mrd. um 58,4% über dem Vorjahr lagen. Abgesehen von den \$ 1,1 Mrd., die im Vorjahr an die privaten Kassen gingen, wirkten sich auch die Lohn- und Gehaltserhöhungen und die gestiegene legale Beschäftigung aus. Schließlich sind von den 1,8 Mio. neuen Rentnern, die in das System aufgenommen wurden, obwohl sie die Beiträge im Laufe ihres aktiven Lebens gar nicht oder nur zum Teil gezahlt hatten, viele erst nach Februar 2008 pensioniert worden. Sie zahlen dabei die geschuldeten Beiträge in Raten, was die Bruttoeinnahmen des Rentensystems erhöht. Aber per Saldo erleidet das AN-SeS dabei einen Verlust, da diese Pensionen und Hinterbliebenrenten viel mehr ausmachen, als die Raten des Moratoriums.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Keynesianismus

Der britische Ökonom John Maynard Keynes hat lange über die Krise nachgedacht, die weltweit 1929 ausgebrochen war, und ist dabei zu neuen und unkonventionellen Schlussfolgerungen gelangt, die er schliesslich in seinem berühmten Buch "Die allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" zusammengetragen hat, das Anfang 1936 erschien. Dieses Werk hat die wirtschaftliche Gedankenwelt tiefgreifend beeinflusst. Die

Ratschläge von Keynes wurden bei der gegenwärtigen Krise angewendet, besonders in den USA.

Halten wir zwei Kerngedanken von Keynes fest: Staatsausgaben mit Defizit ("deficit spending") und die "Liquiditätsfalle". Keynes hatte bemerkt, dass Privatunternehmen in Rezessionszeiten ihre Investitionen zurückschrauben, einmal weil sie weniger verkaufen und eine höhere Produktion keinen Sinn hat, dann

aber auch, weil ihnen die Mittel fehlen. Die Banken leihen den Unternehmen, die Geld brauchen, nicht, weil sie nicht sicher genug sind; und diejenigen, die kreditwürdig sind, beantragen keine Kredite. Somit muss laut Keynes der Staat das Geld aufnehmen und investieren, damit die wirtschaftliche Tätigkeit gesamthaft erhalten bleibt.

Der Staat muss somit bewusst auf ein Haushaltsdefizit zusteuern, für das die Finanzierung

vorhanden ist, da die Banken das Geld woanders nicht unterbringen können. In der Tat ist genau diese Konstellation im letzten Jahr in den USA eingetreten. Die Schatzscheine des US-Staates (die sogenannten "treasuries") werden als eine sichere Anlage angesehen und erfreuen sich einer hohen Nachfrage, so dass die Zinsen auf ein Minimum zurückgegangen sind. Mit dem Geld, das der Staat auf diese Weise aufnimmt, werden allerlei Programme finanziert: Bankenstützung und -sanierung, Hilfen an die Kfz-Industrie, Konsumförderung durch Steuerrabatte u.a.

Bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten wirken viele erstklassige Wirtschaftler mit. Sie sitzen in der Regierung selbst, in der Federal Reserve und im Parlament (als Berater), wobei andere öffentlich wirken und sich an der Diskussion beteiligen. Obama handelt schliesslich dementsprechend. Das Programm lautet: hohes Defizit jetzt (12,3% des Bruttoinlandsproduktes), aber drastische Verringerung danach, durch Senkung der Ausgaben und höhere Einnahmen. In diesem Sinn werden schon jetzt Massnahmen und Programme in Angriff genommen, wie die der Rückzug der US-Truppen in Irak im Laufe dieses und des nächsten Jahres. Das "deficit spending" wird strikt im Sinne von Keynes verstanden, der für mehrjährige Budgets plädierte, mit Überschüssen in guten und Defiziten in schlechten Zeiten. Wenn sich die Wirtschaft dank der gegenwärtigen Finanzpolitik wieder erholt, sollen wieder normale Zustände herbeigeführt werden, zu denen der Aufschwung an sich schon beiträgt, wobei jedoch ausserdem konkrete Massnahmen notwendig sind.

In Argentinien wird zwar viel von Keynes geredet, und auch Schattenpräsident Néstor Kirchner erwähnt ihn. Aber er hat ihn offensichtlich nicht begriffen; denn gleichzeitig betont er die Notwendigkeit des Haushaltsüberschusses als einen Grundpfeiler des Wirtschaftsmodells. Das ist ein klarer Widerspruch, der schliesslich darin zum Ausdruck kommt, dass öffentliche Investitionsprojekte angekündigt oder versprochen werden, dann jedoch nicht durchgeführt, oder begonnen und sehr langsam weitergeführt werden, was sie stark verteuert und schliesslich die Staatsausgaben aufbläht.

Gleichzeitig trifft die Regierung ständig

Entscheidungen, die für die unmittelbare und fernere Zukunft höhere Staatsausgaben verheissen, wie das grossangelegte Programm öffentlicher Investitionen, das die Präsidentin bei ihrer Eröffnungsrede vor dem Parlament erneut mit Stolz erwähnt hat. Die Rückverstaatlichung privatisierter Unternehmen bürdet dem Staat neue Ausgaben auf, was ganz besonders bei Aerolíneas Argentinas und Austral der Fall ist. In gleicher Richtung wirkt die Schaffung neuer Staatsunternehmen, an erster Stelle das Energieunternehmen ENARSA, das sehr teure Investitionspläne in Angriff genommen hat. Neue staatliche Ämter, die zunehmenden Subventionen, die Unordnung bei den Staatsinvestitionen und die prinzipielle Absage an die Privatwirtschaft als Träger von Infrastrukturinvestitionen und anderen, die jetzt dem Staat zur Last fallen, all das verheisst zunehmende Ausgaben. Hinzu kommt noch die Verstaatlichung des privaten Rentensystems, die unmittelbar die Staatskasse bereicherte, jedoch in Zukunft eine höhere Belastung in Aussicht stellt, da der Staat über das ANSeS die Renten wird zahlen müssen, die sonst den privaten Kassen zur Last gefallen wären. Die Kirchners machen es genau umgekehrt wie Obama.

Zudem sind sie im Gegensatz zu diesem schlecht beraten. Es besteht auch der Verdacht, dass sie sich gar nicht beraten lassen und ihre Mitarbeiter schief anschauen, wenn diese sie belehren wollen. Sie haben nicht einmal das Konzept des staatlichen Defizites begriffen. Das wurde sonnenklar, als Cristina Kirchner erklärte, der Hochgeschwindigkeitszug sei mit einer speziellen Finanzierung ausgestattet, so dass er kein Defizit schaffe. Zum Glück ist dieses hochabsurde Projekt versandet. Die staatliche Buchhaltung ist anders als die private. Bei einem Privatunternehmen wird nicht eine gestiegene Verschuldung als Defizit (Verlust) betrachtet, sondern nur die Zinsen und dann werden die Amortisationen der Objekte, die mit einem Kredit finanziert werden, als Ausgaben gebucht. Beim Staat hingegen werden laufende Ausgaben und Investitionsausgaben zusammengezählt, und den laufenden Einnahmen (Steuern im weiteren Sinn, Einnahmen aus Verkäufen staatlichen Vermögens und aus Zinsen auf staatliche Anlagen u.a.) gegenübergestellt. Das staatliche Defizit bringt zum Ausdruck, in welchem Umfang der Staat die Verfügbar-

keit über finanzielle Mittel der Wirtschaft beansprucht. Der Hochgeschwindigkeitszug hätte somit das Defizit erhöht. Und die anderen Investitionen, um die sich Nestor und Cristina Kirchner bemühen, haben die gleiche Wirkung.

Die Kirchners müssten somit das ABC der Staatsbuchhaltung lernen und dann auch Präsident Barrack Obama verstehen. Das heisst, sie müssten bewusst auf ein unmittelbares Haushaltsdefizit zusteuern, um höhere Staatsinvestitionen möglich zu machen, und sich gleichzeitig um die Finanzierung des Defizites kümmern. Das bedeutet jedoch, dass sie die normalen Beziehungen mit dem Internationalen Währungsfonds wieder herstellen müssten, dann wesentlich höhere Kreditbeträge von der Weltbank fordern (was ohne Verständigung mit dem IWF nicht möglich ist), ebenfalls mehr Kredite von der Interamerikanischen Entwicklungsbank beantragen und sich nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten umsehen, wie sie die Staaten des Pariser Klubs bei Kapitalgüternlieferungen auch für staatliche Projekte, wie Kraftwerke, gewähren würden, wenn die Frage der Altschuld geregelt würde. Diesen Finanzierungsmöglichkeiten steht nur die ideologische Sturheit der Kirchners im Wege.

Nachdem der internationale Finanzmarkt gesperrt ist, muss bei der Defizitfinanzierung noch einen Schritt weiter gegangen werden. Man kommt nicht darum herum, die Möglichkeiten zu untersuchen, Investitionen, die jetzt der Staat finanziert, auf die Privatwirtschaft zu übertragen, durch Konzessionen, Verkauf staatlicher Objekte oder Übertragung bestimmter staatlicher Tätigkeiten auf Privatunternehmen. Das passt jedoch nicht in das wirtschaftspolitische Konzept der Kirchners, die genau das Gegenteil für richtig halten.

Diese Regierung übt scharfe Kritik am Liberalismus, u.a., weil die Marktwirtschaft die Zukunft vernachlässigt und dabei schwerwiegende Probleme schafft. Diese Kritik hat bestimmt einen Wahrheitskern; aber die Kirchners, die den Staat und den Interventionismus verherrlichen, machen es noch schlimmer. Denn die Zukunft wird nicht nur vernachlässigt, sondern der Staat wird in unmittelbarer Zukunft mit untragbaren neuen Ausgaben belastet, und es werden konkrete Probleme geschaffen, deren Lösung sehr traumatisch sein wird.

Ansätze einer Landwirtschaftspolitik

Am Dienstag trafen sich die Leiter der landwirtschaftlichen Verbände mit Produktionsministerin Debora Giorgi, Landwirtschaftssekretär Carlos Cheppi und Innenminister Florencio Randazzo. Schon in der Vorwoche hatte eine Zusammenkunft stattgefunden, bei der es zu kleineren Konzession für die Landwirtschaft kam. (Siehe AT vom 28.2.09, S. 22). Jetzt wurde nach einer fünfständigen Besprechung etwas mehr erreicht, wobei die Präsidentin Cristina Kirchner plötzlich und unerwartet erschien und zwei Stunden verblieb, was dazu verhalf, dass bestimmte Entscheidungen sofort getroffen werden konnten, die in einem schriftlichen Abkommen verbrieft wurden. Die Präsidentin scheint begriffen zu haben, dass sie mit ihrer persönlichen Beteiligung am Dialog dazu beiträgt, den Fall politisch zu entschärfen. In diesem Sinn hat sie die Verbandsvertreter auch eingeladen, sich am zukünftigen Wirtschafts- und Sozialrat zu beteiligen.

Die Initiative zur Schaffung eines staatlichen Institutes für den Handel von Getreide und Ölsaaten, die in der Vorwoche aufgekommen war, wurde nicht behandelt, nachdem sie die Präsidentin vorsichtigerwei-

se auch in ihrer Rede vom Sonntag vor dem Parlament nicht erwähnt hat. Offensichtlich wissen diejenigen, die am Projekt gearbeitet haben, dass sie der Präsidentin vorgelegt haben, an erster Stelle Ricardo Echegaray, AFIP-Direktor und vorher Leiter der ONCCA (und Vertrauensmann von Nestor Kirchner), nicht genau, was sie beabsichtigen. Es hiess, die Getreidejunta, die unter Menem und Cavallo abgeschafft worden war, solle wieder auferstehen. Diese Junta wurde in den 30er Jahren von einer konservativen Regierung geschaffen, um dem damaligen Preisverfall durch Festsetzung von Mindestpreisen entgegen zu wirken, so dass die Junta kaufte, wenn der Marktpreis niedriger war. Ausserdem kaufte die Junta den Weizen für den Binnenkonsum, den sie nachher im Laufe des Jahres an die Mühlen lieferte.

Die Landwirte befürchten dabei, dass die Junta dieses Mal nicht nur Mindestpreise, sondern auch Höchstpreise festsetzen würde, wie es beim IAPI ("Instituto Argentino de Promoción del Intercambio") der Fall war, das 1946 unter Perón geschaffen wurde, das sich auch in den Aussenhandel einmischte, allerdings auch bei Mitwirkung der

privaten Exporteure, da ein staatliches Amt unfähig ist, diesen komplizierten Handel abzuwickeln. Das IAPI kaufte in der Nachkriegszeit zu niedrigen Preisen, die die Regierung willkürlich festsetzte, und verkaufte dann zu viel höheren, was der Wirkung sehr hoher Exportzölle gleichkam.

Dabei gab es ausserdem grosse Ineffizienzkosten, durch Bürokratie, und auch Korruption, wobei neue Exporteure aufkamen, die die Gunst der Regierenden genossen. Gegenwärtig würde es wohl genügen, wenn den Mühlen Kredite der Banco Nación eingeräumt würden, damit sie den Weizen rechtzeitig kaufen können. Ein staatliches Institut, wie immer es konkret aussehen soll, würde die Staatskasse auf alle Fälle belasten. Und wenn es versucht, sich am Export zu beteiligen oder diesen zu monopolisieren (wovon auch die Rede war), dann kann man einen grossen Schaden für die Wirtschaft erwarten.

Der Fall wurde jedoch nicht ad acta gelegt. Innenminister F. Ranzazzo erklärte, das Thema werde weiter studiert, wobei auf alle Fälle der Kongress entscheiden würde. Es werde kein Dekret in dieser Angelegenheit geben, wobei es vorläufig auch kein Projekt gäbe, das im Parlament eingebracht würde. Die Vertreter der Landwirtschaftsverbände reagierten mit Erleichterung. Denn im Kongress haben sie die Möglichkeit, den Inhalt eines Projektes zu diskutieren. Sie haben eben nicht das geringste Vertrauen in diese Regierung. "Timeo danaos, ut dona ferentes". (Ich fürchte die Danaer, auch wenn sie Geschenke machen).

Was die Exportzölle betrifft, so hat die Regierung nicht nachgegeben und sie bei Sojabohne, Sonnenblume u.a. Produkten beibehalten. Die Präsidentin war in diesem Punkt sehr konkret. Sie will eben den Landwirten, die Sojabohne einbehalten haben (angeblich sind es noch über 4 Mio. Tonnen) diesen Extragewinn nicht gönnen. Eventuell kann es eine Senkung für die nächste Ernte geben, die vor der Aussaat, also spätestens im September, bekanntgegeben werden müsste. Das hängt jedoch von der Entwicklung der Weltmarktpreise und des Wechselkurses ab.

Beim Weizen wurde zunächst die "geordnete" Öffnung des Exportregisters angekündigt, so dass der interne Preis dem internationalen (minus Frachten, Exportkosten und Exportzöllen) entspricht. Während der letzten Ernte war es so, dass die Exportkontingentierung, die zu zeitweiligen Verboten führte, den internen Preis stark unter diesen Paritätspreis drückte. Zum zweiten wird der Preis für die Versorgung des Binnenmarktes, den die Mühlen zahlen müssen, von \$ 370 auf \$ 420 pro Tonne angehoben. Wie sich dies mit der Exportliberalisierung zusammenreimt, bei der der interne Preis nicht vorbestimmt werden kann, wurde nicht erklärt. Die Mühlen erhalten ausserdem eine Subvention (deren Höhe nicht bekanntgegeben wurde), damit sie das Mehl (Kategorie 000) billiger verkaufen. Da die Einzelheiten des Systems nicht geklärt wurden, bestehen weiterhin Zweifel, wie es effektiv funktioniert. Irgendwie müsste die Subvention an die Einhaltung eines bestimmten Mehlspreises gebunden sein, damit sie Sinn hat.

Bei der Milchwirtschaft gab es einen wichtigen Vorstoss: es werden sämtliche Exportzölle für Milchprodukte und auch der offizielle Exportpreis (wobei der Staat die Differenz zum effektiven Preis für sich behält) abgeschafft. Allerdings sind die Preise der Milchprodukte im Ausland stark gefallen, so dass der Fall nicht mehr so ist wie im Vorjahr, wo bei Trockenmilch der offizielle Preis zeitweilig die Hälfte des internationalen Preises ausmachte. Jetzt liegt der Marktpreis unter jenem Richtpreis.

Milchbauern, die bis zu 3.000 Liter täglich liefern, sollen jetzt eine Subvention von \$ 0,10 je Liter erhalten. Das ist nicht leicht zu verwalteten. In der Tat liegt der Fall so, dass letztes Jahr viele kleine landwirtschaftliche Milchbetriebe aufgegeben haben, wobei die grossen jedoch wuchsen, so dass die Milchproduktion gesamthaft zugenommen hat. Offensichtlich sinken die Kosten hier mit der Grösse des

Betriebes. Die Subvention hat somit sozialen Charakter. Sie soll dieser wirtschaftlich bedingten Konzentration entgegenwirken. Ob und wie weit dies gelingt, sei vorerst dahingestellt. Was die Milchwirtschaft betrifft, so wurde ausserdem eine Subvention von \$ 200 pro Kalb versprochen, damit die Landwirte die Kälber auf ein höheres Gewicht bringen und auf diese Weise mehr einnehmen, was auch die Gesamtrechnung des Milchbauern verbessert.

Bei der Rindfleischwirtschaft wurde zunächst die Ankündigung der Vorwoche wiederholt, dass bei Rindern über 400 kg der Wert des Übergewichtes von der Steuer (von der Besteuerungsgrundlage oder vom Steuerbetrag?) abgezogen werden darf. Das soll als Anreiz wirken, um die Tiere auf ein höheres Gewicht zu bringen, nachdem die zusätzlichen Kilogramm höhere Kosten haben (weil die Tiere viel Energie aufwenden müssen, um ihr bisheriges Gewicht zu erhalten). Diese schweren Rinder sind vornehmlich für den Export bestimmt.

Das Exportkontingent wird jetzt um 60.000 t erhöht, die spezifisch für Fleisch aus alten Kühen bestimmt sind, das in Form von Konserven exportiert wird. Das ist übler Dirigismus: denn dieses Fleisch wird im Inland kaum konsumiert, so dass dessen Export frei sein sollte. Allgemein sollte es keine Beschränkung des Rindfleischexportes geben. Das Versprechen der Beschleunigung der Gewährung der Exportgenehmigungen (genannt ROE, Registro de Operaciones de Exportación) ist unbedeutend und höchstens ein Tropfen auf den heissen Stein. Dass bei Exportliberalisierung der Preis für Rinder steigen würde, wäre in Ordnung; denn ohne dies wird der Bestand voraussichtlich weiter abnehmen. Der interne Konsum ist ohnehin mit über 70 kg pro Kopf gegenwärtig überhöht. Und auf alle Fälle kann man die Teile des Rindes, die allgemein vom Volk konsumiert werden, subventionieren, und zwar mit dem Erlös der Hilton-Quote, wenn diese versteigert würde. Der Regierung und den für die Rinderwirtschaft zuständigen Beamten fehlen hier die Grundkonzepte, besonders die Notwendigkeit der Aufteilung der Leibe, sodass die wertvollen Teile (wie Lende) exportiert und die anderen intern verkauft werden. Das erfordert jedoch, dass die ganze Rindfleischindustrie für den Export zugelassen wird, also die Sanitätsnormen erfüllt. An dieses heisse Eisen will jedoch keine Regierung herangehen, offensichtlich auch diese nicht. Deshalb darf man vom Rindfleischgesetz, das dem Kongress übergeben werden soll und jetzt zum zweiten Mal angekündigt worden ist, nicht viel erwarten.

Schliesslich wurde am Dienstag noch die Herabsetzung auf die Hälfte der Exportzölle für sogenannte regionale Produkte (Im Wesen solche, die ausserhalb der Pampa-Gegend erzeugt werden, wie Obst, Baumwolle, Tabak und Oliven) zum zweiten Mal angekündigt. Allerdings wurde dies an die Bedingung geknüpft, dass die kleinen Landwirte davon profitieren. Dies ist in der Praxis kaum kontrollierbar; es ist reine Demagogie. Die konkreten Verringerungen der Exportzölle sollen noch bekanntgegeben werden. Eigentlich hätte die Produktionsministerin schon wissen sollen, welche Produkte, und in welchem Umfang, betroffen sind.

Die Landwirte sind über diese Massnahmen eher skeptisch. Sie hatten mehr erwartet, vor allem eine unmittelbare finanzielle Hilfe für diejenigen, die hart von der langdauernden Dürre betroffen sind, und auch eine Senkung der überhöhten Exportzölle für Getreide und Ölsaaten. Dennoch sind die Verbandsleiter erfreut, dass ein Dialog eingesetzt hat und zaghaft doch etwas geschehen ist.

MAXINTA

Casa de Cambio
Sociedad de Bolsa

Máximo Intaglietta
Fernán Peralta Ramos
Magdalena Brennan
Carola Seleguan

Sarmiento 378 6° y 7° 5278-4400